

## Ein faustischer Pakt

**Die OECD und ihr Chef-Strategie Mark Pieth waren einst Vorkämpfer gegen die internationale Bestechung. Heute läuft der Schweizer Gefahr, sich von zwielichtigen Partnern vereinnahmen zu lassen.**

*Von Klaus Ott*

Nach eineinhalb Stunden wird Mark Pieth etwas unruhig. Man müsse langsam zum Ende des Gesprächs kommen, sagt der Professor. Er blickt auf die Uhr. In seinem Büro in der Universität Basel stapeln sich die Mappen, die darauf warten, bearbeitet zu werden. Außerdem muss sich der 58-jährige Schweizer auf das nächste Weltwirtschaftsforum in Davos vorbereiten, wo er in Kürze Staatspräsidenten und Industriebosse trifft. Pieth, der an der Uni gerne leger gekleidet ist, wird dann Jeans und Pullover gegen Anzug tauschen. Er hat Wichtiges zu besprechen mit der Prominenz aus Politik und Wirtschaft.

Der Kampf gegen die Korruption geht weiter, nicht nur in Europa, sondern weltweit. Und mittendrin: der Ordinarius für Strafrecht und Kriminologie, der viele Funktionen hatte und hat. Bei UN und Weltbank, OECD und Weltwirtschaftsforum. Und der nun den ganz großen Bogen schlagen will. Von der OECD über die in der G20 versammelten, führenden Industriestaaten bis hin zu den Vereinten Nationen, um alle, wirklich alle, für saubere Geschäfte zu gewinnen. Einschließlich Brasilien, Indien und China.

Das Problem ist nur, dass bei Pieths Kampf zuletzt eher wenig herausgekommen ist. Der gebürtige Baseler hat nach dem Jura-Studium in seiner Heimatstadt und einigen Jahren im Schweizer Bundesamt für Justiz international rasch Karriere gemacht. Seit mehr als zwei Jahrzehnten reist er als moralische Instanz durch die Welt, leitet Komitees, untersucht Verdachtsfälle, verbündet sich mit Konzernvorständen, verfasst Aufsätze und Lehrbücher, und berät neuerdings sogar den Weltfußballverband Fifa. Als Vorsitzender der Arbeitsgruppe gegen Korruption in der OECD, der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit, hat der Schweizer erreicht, dass viele Staaten die Bestechung im Ausland zur Straftat erklärt haben.

Das war einst Pieths größter Erfolg, und ist heute seine größte Niederlage. Denn was in den Gesetzen steht, wird vielerorts noch lange nicht umgesetzt, nicht einmal im angeblich so zivilisierten Europa. Nur Deutschland und die USA verfolgen recht konsequent eigene Bürger und Unternehmen, die fern der Heimat Geschäftspartner, Behörden und Regierungen bestechen, um lukrative Aufträge zu erlangen (siehe Grafik). Und die mit ihren Schmiergeldzahlungen dazu beitragen, dass Politiker und Potentaten an der Macht bleiben, die das eigene Volk bestehlen, wenn nicht sogar ausplündern.

Herr Pieth, sind die Deutschen die Dummen, weil sie die eigenen Unternehmen bestrafen, während fast alle anderen weiter munter schmieren?

Nein, antwortet der Professor. Jetzt tue sich jetzt auch in der Schweiz und in Großbritannien etwas. 'Es ist ein Wandel im Gange.' Früher konnten Konzerne ihre Schmiergeldausgaben im Ausland Zuhause von der Steuer absetzen, das gehe heute nicht mehr.

Fakt ist aber auch, dass die meisten Industriestaaten wenig bis nichts gegen internationale Weiße-Kragen-Kriminalität tun. Gerade erst hat die OECD Italien und Japan gerügt, weil dort nicht genug gegen die internationale Korruption unternommen wird. In Italien verjährten zu viele Verdachtsfälle; auch in Japan mündeten viele Ermittlungen nicht in ein Gerichtsverfahren, sagt Pieth. Diese beiden Länder hat der OECD-Strategie aber schon vor vier Jahren öffentlich gebrandmarkt. Besser ist dort seitdem offenbar nichts geworden. Und die USA ermitteln nicht nur gegen eigene Leute, sondern gerne auch gegen Manager und Konzerne aus anderen Staaten, vorzugsweise aus der Bundesrepublik. Mehr als 1,7 Milliarden Euro haben deutsche Unternehmen zuletzt gezahlt, fast die Hälfte davon in den USA.

Sind also die Deutschen nicht doch die Dummen, Herr Pieth?

'Die deutsche Regierung hätte es selbst in der Hand, mehr durchzusetzen, auch im Interesse der eigenen Unternehmen. Deutschland müsste zusammen mit den Amerikanern härter auftreten und darauf bestehen, dass auch andere Staaten durchgreifen.' Selbst rigoros einzuschreiten, das ist Pieths Sache nicht, und das ist auch nicht das Konzept der OECD. 'Was ich mache, funktioniert nur, weil ich keine Macht habe. Ich kann alles offen sagen.' Der OECD-Strategie aus Basel setzt vor allem auf Einsicht, aber die ist nicht weit verbreitet. Konsens statt Konfrontation, das funktioniert einfach nicht.

Herr Pieth, ist Ihre Bilanz nicht sehr ernüchternd?

'Auf den ersten Blick ja', lautet die Antwort. Aber weltweit seien 300 Ermittlungen 'in der Pipeline, und geografisch durchaus breit gestreut'. Es kommt nur meist nicht viel dabei heraus. Das Netz gegen Korruption, das der eifrige Eidgenosse und seine Mitstreiter in OECD, UN und anderswo gesponnen haben, enthält zwei grundlegende Webfehler. Der erste Mangel: Die OECD, ein Zusammenschluss westlich orientierter Industrienationen, kann keine Sanktionen verhängen. Das ist wie bei der Schuldenkrise in Europa. Rügen alleine bewirken nichts. Nun konkrete Strafmaßnahmen, etwa ein Rauswurf aus dem Euro, der Europäischen Union oder eben der OECD, könnten Sünder zum Einlenken bewegen.

Der zweite Webfehler: In der OECD oder auch sonst existiert kein System, das sicherstellt, dass beispielsweise in Deutschland aufgedeckte Verdachtsfälle auch dort verfolgt werden, wo das Schmiergeld offenbar gelandet ist. Das führt dazu, dass die mutmaßlichen Empfänger meist ungeschoren bleiben. Minister und Ministerpräsidenten, auch ehemalige, müssen in ihren Heimatländern in aller Regel nichts befürchten. Das gilt auch für weitere Delikte, von der Geldwäsche bis zur Veruntreuung von Staatsvermögen.

Da hilft es wenig, dass die deutschen Ermittler den Kollegen in anderen Ländern und Kontinenten die Akten und Fakten per Rechtshilfe frei Haus liefern, oder liefern würden.

Beispiel Argentinien: Ex-Präsident Carlos Menem, den Siemens mit 16 Millionen Dollar geschmiert haben soll, passierte bisher nichts. Beispiel England: Für Formel-1-Chef Bernie Ecclestone, der in Deutschland wegen dunkler Geschäfte mit einem Ex-Vorstand von Bayerns Landesbank verfolgt wird, interessieren sich die eigenen

Behörden nicht. Obwohl die Frage im Raum steht, ob Ecclestone dem britischen Fiskus zwei Milliarden Pfund hätte zahlen müssen. Beispiel Griechenland: Einem Ex-Minister, der beim Kauf deutscher U-Boote bestochen worden sein soll (der das abstreitet), passiert bisher nichts. Beispiel Russland: Gegen Ex-Minister Leonid Reiman, der nach Erkenntnissen der deutschen Justiz bei der Privatisierung von Staatsfirmen mit Kompagnons 130 Millionen Dollar abgezweigt haben soll, wird nicht ermittelt. Beispiel Südafrika: Beim Kauf deutscher U-Boote sind Millionen Euro in Organisationen geflossen, die der Regierungspartei ANC nahestehen. Die Behörden blockieren Ermittlungen.

Früher, vor gut zwei Jahrzehnten, hat sich Pieth mit Juristen, Strafverfolgern und Diplomaten aus aller Welt in einer Familienherberge am Luganer See im Tessin getroffen. Tagungsort war ein Bootshaus. Dort entstand ein Bündnis gegen Korruption. Es führte dazu, dass die Auslandsbestechung zur Straftat wurde. Ohne die Vorarbeit des Eidgenossen hätte die Münchner Staatsanwaltschaft den Fall Siemens nicht aufrollen können. Und der langjährige Konzernchef Heinrich von Pierer wäre immer noch Mr. Siemens. Heute ist Pieth selbst Teil des Establishments.

Der Professor erzählt stolz von seinen Begegnungen mit den Präsidenten internationaler Ölgesellschaften, mit denen er 2011 über problematische Geschäfte in Nigeria geredet habe. Mit den Cheflobbyisten der globalen Bau-, Minen- und Ölindustrie hat er vor ein paar Jahren per Handschlag einen Pakt gegen Korruption geschlossen und sich dabei fotografieren lassen, beim Weltwirtschaftsforum in Davos. Dieser Initiative hatten anfangs auch viele Unternehmen aus vielen Ländern angehört, die als besonders anfällig für Schmiergeld gelten.

Ein faustischer Pakt, wie in Goethes Tragödie.

Jetzt will Pieths OECD-Arbeitsgruppe eine neue Initiative starten und weltweit bewusst machen, welche Probleme Korruption schaffe. Doch dafür fehlt das Geld. Also geht die Arbeitsgruppe bei der Industrie betteln und bittet um Spenden: 150000 Euro für Studien, 30000 Euro für Broschüren, 200000 Euro für Radio- und TV-Spots, 100000 für Runde Tische, 250000 Euro für andere Veranstaltungen, und so fort. Die OECD macht sich abhängig von der Industrie. Runde Tische gegen Korruption, etwa mit Rüstungskonzernen, organisiert auch das 'Basel Institut on Governance', das der Professor als 'universitäres Forschungs- und Beratungsgefäß' geschaffen hat.

Ende 2012 gibt Pieth nach 22 Jahren den Vorsitz der OECD-Arbeitsgruppe gegen Korruption ab, doch die nächste Aufgabe wartet schon. Nun will der Schweizer Strafrechtler auch den Weltfußball vor der Korruption retten. Zusammen mit seinem Baseler Institut berät er künftig auch Landsmann Joseph Blatter, den skandalumwitterten Präsidenten des skandalumwitterten Weltverbands Fifa. Darüber zu reden, nimmt sich Pieth dann doch noch die Zeit. Er ist überzeugt, zusammen mit weiteren Experten die Fifa reinigen zu können. Blatter hat möglicherweise andere Ziele. Der Fifa-Präsident hat den neuen Partner vor wenigen Wochen vor der Presse per Handschlag begrüßt und verkündet, wie sehr es ihn mit 'Stolz und Freude' erfülle, dass Pieth seinem, Blatters, Ruf und dem der Fifa gefolgt sei.

Der nächste faustische Pakt.